"Unsere Partei darf sich jedoch nicht..."

Autor(en): **Schmid, Arthur**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **50 (1971)**

Heft 6

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338384

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

und administrativer Initiative geworden. Das Parlament, in der Verfassung neben dem Volk als höchstes Organ gewollt, hat an Gewicht verloren. Das Volk als Gesetzgeber und dazu berufen, über alle bedeutenden Kreditvorlagen zu entscheiden, vermag nur ja oder nein zu den Vorschlägen zu sagen. Deren Zustandekommen und deren Zusammenhang mit den Gesamtaufgaben bleiben ihm weitgehend unbekannt. Vor allem hat das Volk keine Möglichkeit, zwischen Alternativen zu wählen.

Planung, die heute eine Beschäftigung von wenigen eingeweihten Experten ist, müsste unter demokratischer Beteiligung aller interessierten Kreise des Volkes zustande kommen. Nur so könnten weitausgreifende Pläne auch verwirklicht werden.

Ein empfindliches Hindernis zur Realisierung der Raum-, Verkehrs-, Gesundheits- und Bildungsplanung liegt weiter in der überkommenen Gemeinde- und Bezirksorganisation unseres Kantons. Die dringenden öffentlichen Aufgaben können von den Gemeinden nicht mehr gelöst werden. In unserem kantonalen Aktionsprogramm von 1969 schon hat die Partei Selbstverwaltung in regionalen Körperschaften postuliert. Auch das ist eine Forderung, die nur durch Änderung unseres öffentlichen Rechts realisiert werden kann.

Die Sozialdemokratische Partei setzt sich für den Kanton Zürich die Aufgabe, die öffentliche Armut abzuschaffen, den staatlichen Organen die nötigen Geldmittel und die rechtlichen Mittel zu dem Zwecke in die Hand zu geben, eine Politik grundlegender Reformen der Gesellschaft zu führen. Die Zielsetzung ist langfristig. Es handelt sich zurzeit in erster Linie darum, den Mitbürgern und Mitbürgerinnen die Fragwürdigkeit der gegenwärtigen Verhältnisse darzutun. Wir haben massenhafte Aufklärung zu betreiben. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass sich unsere Partei selbst zur praktischen Kritik bereit und reformfreudig zeigt. Träges Beharren im Übereinkommen ist den anderen Parteien zu überlassen. Positionen im Staate sind nicht als Posten und Pfründen zu erstreben. *Sozialdemokraten in Parlamenten, Behörden und Regierung haben sich nicht als blosse Verwalter, sondern als Veränderer auszuzeichnen.*

Unsere Partei darf sich jedoch nicht mit der Rolle als korrigierender nachträglicher Faktor zufriedengeben. Sie muss darauf hinweisen, dass sie grundsätzlich neue Lösungen kennt und auswertet. Sie existiert nicht in erster Linie, um die Auswirkungen der geltenden Ordnung zu mildern, sondern um den Stimmbürger über die neuen und bessern Möglichkeiten zu informieren und diese Lösungen auf demokratischem Weg zu verwirklichen.

Dr. Arthur Schmid, Präsident der SPS